



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/05/2014
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Donnerstag, 23.10.2014
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Benennung eines Vertreters und Stellvertreters für den Fachbeirat der mobilen aufsuchenden Jugendarbeit
4. Anliegen der Jugendräte
5. Projekt kooperative Suchthilfeplanung- Bericht der Verwaltung
6. Flüchtlingskinder in Hagen- Bericht der Verwaltung
7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
8. Bericht zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen" 2014
Vorlage: 0981/2014
9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass das Protokoll den Ausschussmitgliedern mit der Tagesordnung zugegangen sei. Man habe es in der Vergangenheit so gehandhabt, dass man die Genehmigung des Protokolls nicht als eigenen Tagesordnungspunkt aufgeführt habe, sondern sich bei Bedarf an die Schriftführerin oder den Vorsitzenden gewandt habe. Er schlägt vor, dieses Verfahren zukünftig so beizubehalten und stellt fest, dass alle damit einverstanden sind.

Herr Reinke bittet außerdem, die heutige Sitzordnung beizubehalten. Das sei auch bei der Diskussion hilfreich für alle Beteiligten.
Er weist außerdem auf seine Kontaktdaten hin, die er heute auf den Tischen ausgelegt habe, damit er für die Ausschussmitglieder erreichbar sei.

Frau Hogrebe bittet um Mitteilung der E-Mail-Adressen der Ausschussmitglieder, soweit diese noch nicht übermittelt wurden.

Herr Reinke stellt abschließend fest, dass es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

2. Mitteilungen

Herr Goldbach weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung keine Vertreter/innen der Jugendräte anwesend seien. Diese würden aktuell neu gewählt (**siehe Anlage zu TOP 2**).

Er berichtet außerdem, dass die Schulsozialarbeit bei einer Tagung der Leiter der Jugendämter in Westfalen-Lippe Thema gewesen sei. Man habe eine Initiative dazu vorbereitet, die inzwischen gestartet worden sei.

Weiterhin nimmt er Bezug auf einige Leserbriefe zur Drogenszene Wehringhausen. Das Thema koche seit einiger Zeit hoch. Man versuche im Moment, die Beteiligten zu beruhigen. Man setze darauf, dass man mit einer Vielzahl von Möglichkeiten versuche, eine schrittweise Lösung zu finden.

Herr Reinke erinnert daran, dass man in der letzten Sitzung vereinbart habe, dort einen Ortstermin zu machen.



Frau Keller merkt an, dass das Quartiersmanagement Wehringhausen auf Terminvorschläge des Jugendhilfeausschusses warte.

Herr Goldbach schlägt vor, nach der Sitzung einen Termin zu vereinbaren.

Frau Keller informiert darüber, dass sich die Stadt Hagen am Interessenbekundungsverfahren „Demokratie leben - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ beworben habe. Man habe den Antrag zusammen mit dem Jugendring formuliert und würde auf die bewährten Kooperationspartner setzen. Sollte die Stadt Hagen zur Antragsstellung aufgefordert werden, werde man dem Jugendhilfeausschuss eine entsprechende Vorlage vorlegen.

Herr Reinke weist darauf hin, dass die Einladung zur Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 29. Oktober zusammen mit der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses versandt worden sei.

Weiterhin möchte er ein paar Gratulationen aussprechen.

Einmal gratuliere er dem Haus der Kinder für die erhaltene Auszeichnung für Barrierefreiheit.

Dem Kinderzirkus Quamboni könne man zu seinem 25-jähriges Bestehen gratulieren. Es gebe am kommenden Sonntag eine große Feier.

Weiterhin habe er den Hagener Jugendräten zu der Veranstaltung und dem Film zum Thema Inklusion gratulieren wollen. Leider seien diese heute nicht anwesend. Ein Dank gehe an Frau Hinz von der Westfalenpost für ihre Moderation an diesem Abend.

Frau Burghardt lädt herzlich zu einer Veranstaltung am kommenden Samstag um 11.00 Uhr in der Stadtbücherei ein. Dort werde vom Hagener Arbeitskreis für Kinderrechte eine Veranstaltung zum Thema „Kinder brauchen Frieden überall“ durchgeführt. Kinder und Jugendliche würden dort ihre Texte zu dem Thema im Rahmen eines Schreibwettbewerbs selbst vortragen.

3. Benennung eines Vertreters und Stellvertreters für den Fachbeirat der mobilen aufsuchenden Jugendarbeit

Herr Reinke teilt mit, dass Herr Sven Söhnchen als Vertreter für den Fachbeirat der mobilen aufsuchenden Jugendarbeit vorgeschlagen worden sei. Herr Söhnchen habe sich dazu bereit erklärt. Weiterhin habe man vereinbart, dass er selber als Vertreter fungieren würde. Er fragt, ob es andere Vorschläge gebe.

Da das nicht der Fall ist, stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Als Vertreter für den Fachbeirat der mobilen aufsuchenden Jugendarbeit werden Herr Sven Söhnchen und als Stellvertreter Herr Detlef Reinke benannt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

4. Anliegen der Jugendräte

entfällt

5. Projekt kooperative Suchthilfeplanung- Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach schildert die bisherige Entwicklung dieses Projektes.

Frau Keller berichtet über den jetzigen Stand des Projektes kooperative Suchthilfeplanung (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Reinke möchte wissen, wie die zeitliche Schiene weiterhin aussähe.



Er fände es bedauerlich, dass das Ziel „Zugang unter einem Dach“ aufgegeben worden sei.

Frau Keller teilt mit, dass der nächste Termin am 08. Dezember stattfinden und das Beratungskonzept zum Ende des Jahres abgeschlossen werden solle. Die bis dahin erarbeiteten Vorschläge sollten der Politik dann vorgestellt werden. Die Zusammenführung unter einem Dach sei von allen Beteiligten sehr kritisch gesehen worden. Das lasse sich so nicht realisieren. Im Moment würden unterschiedliche Modelle diskutiert.

Frau Köppen findet es nicht so bedauerlich, dass es nicht zu der Bündelung unter einem Dach komme. Sie könne sich vorstellen, dass der Grund dafür in der unterschiedlichen Gewichtung der Angebote liege.

Herr Reinke erinnert daran, dass Ausgangspunkt in der Arbeitsgruppe seinerzeit gewesen sei, ein niedrigschwelliges Angebot zu haben. Er dankt Frau Keller für den Bericht.

6. Flüchtlingskinder in Hagen- Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Gierke berichtet über den Zuzug, die Unterbringung und die soziale Betreuung von Flüchtlingskindern in Hagen.

Darüber werde es Ausführungen geben zu den Bereichen Bildungszugänge, Sprachförderung und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge **(siehe Anlage 1 zu TOP 6)**.

Frau Kahraman ergänzt die Ausführungen im Hinblick auf die Bildungszugänge, für die das Kommunale Integrationszentrum zuständig sei.

Herr Becker schildert die Problematik aus seiner Sicht als Fachbereichsleiter des Fachbereiches Bildung. Er betont, dass er sich dabei auf die Thematik konzentrieren wolle, wie im Moment das Verhältnis sei zwischen dem Bedarf und den Möglichkeiten, die man anbieten könne **(siehe Anlage 2 zu TOP 6)**.

Herr Reinke schlägt vor, den Bericht für Fragen der Ausschussmitglieder zu dem Themenkomplex Bildung zu unterbrechen.

Er möchte wissen, wie eine Grundschule in diesem Zusammenhang mit Wartelisten umgehe.

Herr Becker macht deutlich, dass man sich vom Verfahren her grundsätzlich darauf geeinigt habe, dass das Kommunale Integrationszentrum die Nahtstelle für das Ein-



fädeln von Seiteneinsteigern sei. Wenn sich alle Beteiligten an dieses Verfahren hielten, könne so eine qualifizierte Zuweisung erfolgen.

Frau Hamann fragt nach den qualitativen Herausforderungen, die darin bestünden, mit diesen Kindern zu arbeiten. Seien diese Kinder überhaupt zu beschulen?

Herr Becker berichtet, dass es dafür ein Fortbildungsprogramm im Bereich des Landes gebe. Außerdem gebe es auch kollegiale Beratung. Im Rahmen dieser Möglichkeiten werde man von Seiten des Landes stark unterstützt. Leider gebe es keinen Zuwanderungsplan, so dass man im Moment Krisenmanagement betreiben müsse.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass man bei dem Bildungsangebot über alle Zuwanderer spreche. Hier sei auch der Bereich der EU-Zuwanderung enthalten. Das mache die Angelegenheit noch vielschichtiger. Daher habe man auch das Instrumentarium der internationalen Förderklassen, in denen auch diejenigen mit eigentlich schon guten Bildungsvoraussetzungen beschult werden könnten. Die Problematik tauche jetzt auch in den Kindertageseinrichtungen auf. Er beschreibe die mangelhafte personelle Situation im Kommunalen Integrationszentrum. Die Kapazitätsgrenzen seien erreicht. Man versuche, das Beste daraus zu machen.

Frau Kahraman beantwortet eine Frage von Frau Burghardt zu der Alphabetisierung der syrischen Kinder.

Herr Lohmann stellt fest, dass die größte Gruppe der Kinder die 0 bis 6-jährigen seien. Sei eine Aussage dazu möglich, wie viele Kinder davon eine Kindertageseinrichtung besuchten.

Frau Haack macht deutlich, dass sie diese Frage im Moment nicht beantworten könne. Ganz aktuell habe man in den letzten Wochen 25 Anfragen unterschiedlichster Adressaten gehabt, bei der es um Asylbewerberkinder gegangen sei. Man werde sich dieser Probleme jetzt annehmen müssen.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Becker für seine Ausführungen und bittet nun um Fragen zu dem ersten Teil des Berichts.

Herr Fischer möchte wissen, ob die Zahlen der Asylbewerber von 2013 und 2014 aufaddiert werden könnten, um auf die aktuelle Gesamtzahl von Flüchtlingen zu kommen.

Herr Gierke erläutert, dass das nicht aufaddiert werden könne, weil sich viele Asylbewerber jetzt nicht mehr in Hagen befänden. Mit Stichtag 01. Oktober dieses Jahres habe man in Hagen 410 Asylbewerber gehabt. Darunter seien 181 geduldete Flüchtlinge.

Herr Reinke möchte wissen, ob die genannten finanziellen Bedarfe addiert werden dürften. Sei es damit richtig, dass der Gesamtaufwand für 2013 3,3 Millionen Euro betrage?



Herr Gierke bestätigt diese Annahme. Der Eigenanteil der Kommune habe bei über 2,5 Millionen Euro gelegen. Das sei ein erhebliches Delta an dieser Stelle.

Herr Reinke stellt fest, dass die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels keine wesentliche Erleichterung der finanziellen Belastung zur Folge hätten.

Herr Gierke berichtet, dass der Landeszuschuss für die soziale Betreuung der Flüchtlinge in diesem Jahr bei etwa 41.000 Euro liege. Das sei ein bescheidener Betrag für diese Aufgabe. Es sei dringend notwendig, die soziale Betreuung auszubauen, weil der Bedarf riesig sei.

Herr Reinke möchte wissen, wie hoch der Bedarf für soziale Betreuung in dieser Stadt sei.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass die Objektbetreuer der GWH keine Sozialarbeiter seien. Diese seien in einem multikulturellen und multireligiösen Feld tätig. Es gebe auch keine durchgehende Betreuung. Diese müsse bei Bedarf organisiert werden. Das sei eine riesige Herausforderung für die Stadt Hagen. Es seien unzählige Probleme zu lösen.

Herr Goldbach berichtet, dass man sich in letzter Zeit eine Menge Gedanken zu der sozialen Betreuung gemacht habe. Die Frage von Herrn Reinke könne er dahingehend beantworten, dass eine zusätzliche Stelle bei der Kommune und 2015 auch bei dem Träger benötigt werde. Darüber hinaus könne der Bedarf noch nicht eingeschätzt werden. Es werde eine intensive Begleitung derjenigen benötigt, die hierher kämen. Man müsse sich auch Gedanken darüber machen, wie das Zusammenleben in Sammelunterkünften funktioniere. Es gebe natürlich Konflikte dort. Das Thema beschäftige die Verwaltung im Moment täglich.

Frau Kaufmann betont, dass das auch eine Frage der Finanzierung durch das Land sei. Die Kommunen in NRW blieben auf dem größten Teil der Kosten sitzen. Das sei in anderen Bundesländern durchaus anders. Dort würde ein Großteil der Kosten vom Land getragen. Man müsse dabei dann natürlich auch den Spielraum sehen, den eine Stadt wie Hagen habe. Man sei in einer großen Not und deshalb froh, wenn man diese zusätzliche Sozialarbeiterstelle ermöglichen könne. Man hoffe auch, dass die Ehrenamtlichen sich weiterhin engagierten. Aber auch dieser Bereich müsse koordiniert und gestaltet werden. Man sei auch sehr dankbar für die Unterstützung der Träger und der Kirchen.

Herr Lohmann fragt, ob Hagen auch von Armutszuwanderung betroffen sei. Gebe es Zahlen dazu?

Frau Witt möchte wissen, in welchem Rahmen sich die Hagener Bürger sich in diesem Zusammenhang ehrenamtlich einbringen könnten. Welche Möglichkeiten bestünden dort und wie werde das publiziert?

Herr Fischer spricht die Spielmöglichkeiten der Flüchtlingskinder an. Es seien ja solche Orte vorhanden. Wie sei es möglich, dort Verbindungen zu schaffen und Zugänge zu ermöglichen.



Frau Burghardt stellt fest, dass die bestehende Situation in Hagen erschütternd sei. Auf der anderen Seite sei sie auch beeindruckt, wie mit wenigen Möglichkeiten doch noch vieles erreicht werde. Man habe sich als Kinderschutzbund natürlich auch mit diesem Thema beschäftigt. Es bestünden Überlegungen, in diesem Bereich unterstützend tätig zu werden. Man habe auch schon Spenden erhalten. Eine Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationszentrum sei sicher von großem Wert und werde von ihr angestrebt.

Herr Goldbach antwortet, dass auch Hagen mittlerweile von Armutszuwanderung betroffen sei. Man werde dieses Thema an einem Runden Tisch mit den Beteiligten ausgiebig erörtern.

Herr Gierke ergänzt, dass die Diakonie schon seit vielen Jahren ehrenamtliche Kräfte in diesem Bereich betreue. Bezogen auf die Spielmöglichkeiten für Kinder gebe es im Moment nur Hilfskonstrukte. Anzustreben sei es, dass in den Sammelunterkünften auch Spielmöglichkeiten für Kinder und auch Räume für Erwachsene geschaffen würden. Das gebe es bisher nur in ganz begrenztem Umfang.

Herr Reinke leitet über zum dritten Teil des Berichts.

Herr Goebels berichtet zum Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“.

Herr Fischer fragt, wie alt die minderjährigen Flüchtlinge seien. Wie gehe man mit den jungen Erwachsenen um? Da gehe es ja um Perspektiven für diese jungen Menschen. Mache man da entsprechende Angebote?

Herr Goebels erwidert, dass er nur für die Altersgruppe bis 18 Jahren zuständig sei. Die Altersgruppe derer, die in Hagen und Dortmund angekommen seien, liege bei 15 bis 18 Jahren.

Herr Gierke ergänzt, dass ihm dazu im Moment keine Zahlen vorlägen. Wenn gewünscht, könnten diese nachgeliefert werden.

Herr Reinke dankt für den ausführlichen Bericht und die Arbeit der Mitarbeiter vor Ort.

7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Frau Haack berichtet über den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Cramer regt für die nächste Sitzung die Diskussion der Frage an, wie man sich als Jugendhilfeausschuss positionieren wolle, wenn die Genehmigung erteilt werden sollte, dass in der Nähe des Waldkindergartens eine Drogenklinik entstehe.

Herr Reinke geht davon aus, dass in der nächsten Sitzung weitere Fragen zu dem



Thema gestellt würden.

**8. Bericht zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen" 2014
Vorlage: 0981/2014**

Herr Reinke stellt fest, dass der Bericht in der Vergangenheit nach Einbringung im Jugendhilfeausschuss auch in den Bezirksvertretungen beraten werde. Hier im Ausschuss habe man den Bericht auch zunächst in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen. Nach Abschluss der Beratungen werde man sich erneut hier im Ausschuss mit dem Bericht befassen.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Bericht zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hagen 2014 wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.20 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin